

II-2530 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1257 J

1981 -06- 11

A n f r a g e

der Abg. Dr. WIESINGER

und Genossen

an den Bundesminister für soziale Verwaltung

betreffend Übernahme der Verpflegskosten für Asylierungsfälle
in Psychiatrischen Krankenanstalten und für chronisch Kranke
durch die Krankenversicherungsträger

An Abgeordnete zum Nationalrat wird immer wieder das Problem
der Aussteuerungsbestimmungen des § 144 ASVG herangetragen.
Wenn keine Besserung der Krankheit zu erwarten ist, wird der
Patient zum Pflegefall, den die Sozialversicherung aussteuert,
d.h. sie stellt die Zahlungen ein. Dies bedeutet für die
einkommensschwachen Schichten, die aber nicht unter die
Sozialhilfe fallen, eine unzumutbare Härte.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn
Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

- 1) Wie beurteilen Sie das Problem der Asylierungsfälle hinsichtlich der Auswirkungen auf einkommensschwache Gruppen ?

- 2) Bestehen seitens des Bundesministeriums für soziale Verwaltung Pläne, § 144 ASVG dahingehend zu ändern, daß die Krankenversicherungsträger auch in Fällen der sogenannten Asylierung zur Leistung verpflichtet werden ?